

Thomas Goes

Linkspopulismus und Prekarisierung

In jüngster Zeit erlebt die deutsche Linke zarte Anfänge einer Diskussion über ein wünschenswertes linkspopulistisches Projekt (vgl. Kipping/Riexinger 2012; 2015). Intellektuelle Stichwortgeberin ist etwa Chantal Mouffe (2015), realpolitische Inspiration findet diese junge Debatte in den politischen Erfolgen von SYRIZA, insbesondere aber von Podemos in Spanien (Zelik 2014), mit der ein linkes Projekt mit Masseneinfluss entstanden ist. Im linken Populismus, so die Hoffnung, mag sich eine wirkungsvolle Antwort auf das Erstarken rechtspopulistischer Parteien und Bewegungen auch hierzulande finden. Ausgangspunkt sollen dabei Legitimationsprobleme sein, die aus dem neoliberalen Entwicklungsmodell selbst erwachsen sind – Legitimationsprobleme, die sich etwa in wachsender Wahlenthaltung oder Umfragewerten ausdrücken, die eine vergleichsweise hohe Attraktivität kapitalismuskritischer Aussagen verraten. Wie also stehen in der Bundesrepublik die Erfolgchancen für einen Linkspopulismus, der scharfe und zugespitzte Elitenkritik systemkritisch weiterentwickeln sucht und mit einem radikalen Programm einer „neuen sozialen Demokratie“ verbindet?

Immerhin: Mit dem Aufstieg der AfD und den Bewegungserfolgen von PEGIDA hatte zuletzt eher die Rechte Rückenwind. Und auch die empirische Prekarisierungsforschung stimmt zunächst eher skeptisch. ForscherInnen etwa, die dem Zusammenhang zwischen arbeitgesellschaftlichem Wandel und der Attraktivität autoritärer und ausgrenzender Ideologien nachgehen (Zeuner u.a. 2007; Brinkmann u.a. 2006; Flecker/Krenn 2009), diagnostizieren subjektive Verarbeitungsweisen der Prekarisierung, die zumindest deutliche Brücken zum Rechtspopulismus enthalten. Die Zuspitzung der sozialen Frage, die aus der neoliberalen, angebotsorientierten Politik und aus der kapitaldominierten Flexibilisierung der Beschäftigung folgt, bietet demnach zunächst für rechten Populismus vielfältige Anknüpfungspunkte (Bischoff/Müller 2004: 10f.). Dass es sich dabei nicht um ein auf politisch-kulturellen Traditionen und Kontinuitäten beruhendes ‘deutsches Problem’ handelt, zeigt etwa die Studie *Die verlorene Zukunft der Arbeiter* von Stéphane Beaud und Michel Pialoux, in der u.a. auch das Eindringen des Front National (FN) in frühere kommunistische Milieus der Arbeiterklasse in Frankreich erklärt wird (Beaud/Pialoux 2004: 289ff.).

Angesichts dessen mag die These, die ich im weiteren vertreten werde, zunächst überraschen: Das neoliberale Entwicklungsmodell, das die Prekarisierung der Arbeitsgesellschaft befördert hat, ist politisch zwar immer noch dominant, insofern weder SPD und Grüne, noch die CDU und die zentralen wirtschaftlichen Unternehmensverbände damit gebrochen haben. Allerdings ist dieses Modell nicht mehr hegemonial. Seinen ProtagonistInnen gelingt es nicht mehr, stabil ideologisch und praktisch Konsens zu organisieren. Vielmehr haben, wie Forschungen zum Bewusstsein von Lohnabhängigen zeigen, Alltagskritiken am Kapitalismus, die sich auf Betrieb und Gesellschaft beziehen, durchaus Konjunktur. Diese Diagnose werde ich anhand eigener empirischer Befunde aus einem Forschungsprojekt (Goes 2015) plausibilisieren, das sich der interessenpolitischen Verarbeitung von Prekarisierung widmete. Die subjektive Verarbeitung von Prekarisierungsprozessen, so die hier vertretene Annahme, kann darüber hinaus ebenfalls Brücken zu einem linken Populismus entstehen lassen. Dieser linke Populismus, der sich aus einer mythologisierenden Interpretation des fordistischen Gestern, aus verletzten Anerkennungsbedürfnissen und eigensinnigen Gemeinwohlorientierungen speist, konstituiert einen ambivalenten Rohstoff möglicher rebellischer Politiken, die sich nicht gegen Minderheiten und Stigmatisierte, sondern gegen herrschende ökonomische und politische Eliten richten können. Ein solcher linker Populismus könnte, so das abschließende politische Plädoyer, um ein Aktionsprogramm für eine „neue soziale Demokratie“ entwickelt werden. Neben der pluralen, auf eine Welt jenseits des Kapitalismus zielenden „antagonistischen Linken“ (Fausto Bertinotti) könnten GewerkschafterInnen zu treibenden Kräften werden, die „Gewerkschaft als Bewegung“ leben wollen.

Im Weiteren werde ich zunächst darlegen, was unter Populismus zu verstehen ist und was spezifisch rechten Populismus ausmacht. Daran anknüpfend stelle ich Deutungsmuster vor, mit deren Hilfe prekäre und prekarisierte Beschäftigte im Großhandel ihre Lebens- und Arbeitssituation verarbeiten. Abschließend wird erörtert, weshalb diese Muster Brücken für einen linken Populismus bieten, was diesen charakterisiert, und wie GewerkschafterInnen und Linke diese Brücken stärken, ausbauen und nutzen könnten.

Populismus und Umbrüche der Lohnarbeit

Populismus lässt sich als eine besondere Art definieren, politische und soziale Interessen auszudrücken. Er kann in rechten und in linken Varianten auftreten. Grundsätzlich wird in populistischen Diskursen ein möglicher Kollektivakteur 'Volk' erschaffen, 'das Volk' als eine politisch konstruierte Gesamtheit (Laclau 2005: 224) wird zum positiven Bezugspunkt und zur Projektionsfläche für

PopulistInnen. Sie appellieren an dieses 'Volk' und bringen es in einen Gegensatz zu 'den Eliten' (Laclau 1981: 93f.; Spier 2006: 37). Das einfache Volk wird positiv bewertet, während das Establishment abgelehnt wird. Typischerweise sind diese Deutungen mit der Feststellung verbunden, dass das Wohlergehen 'des Volkes' durch das Verhalten dieses 'Obens' gefährdet oder gestört wird, wobei Idealisierungen vergangener gesellschaftlicher Verhältnisse als Kontrastfolie dienen, vor der die eigene Kritik entfaltet wird (Decker 2006: 12; Priester 2012: 67). PopulistInnen erzeugen insofern einen Klassen übergreifenden Bewegungsdiskurs, der grundsätzlich antelitär und gegen 'die Oben' gerichtet ist (Puhle 1986: 13). Sie beziehen sich auf das 'Volk', auf 'die einfachen Leuten' oder auf 'den kleinen Mann'; Schichten, Berufs- und Interessengruppen oder soziale Klassen werden in dem Sinne de-thematisiert, dass sie nicht zum identitären Kern werden – ein zentraler Unterschied gegenüber sozialistischen Diskursen. 'Volk' kann allerdings in populistischen Diskursen unterschiedlich bestimmt werden: Wer genau als Teil 'des Volkes' gilt und wer den kritisierten Eliten zugerechnet wird, ist abhängig von Deutungskämpfen. Ob beispielsweise zum Volk tatsächlich all jene gezählt werden, „die für ihren Unterhalt hart arbeiten, gleich ob Bauern, Arbeiter, Handwerker oder Gewerbetreibende“, während demgegenüber die Elite „aus einer kleinen, aber mächtigen Gruppe von Privilegierten [besteht], die durch Spekulation und Kapitalkonzentration zu schnellem Reichtum gelangt ist“ (Priester 2012: 12), ist mit Einschränkungen abhängig von politischen Polarisierungen und Deutungsangeboten innerhalb der Gesellschaft. Ebenso möglich sind Definitionen, die 'Volk' national oder ethnisch bestimmen.

Die politische Richtung des Populismus ist in dieser Lesart abhängig von je besonderen Artikulationen, durch die die zentralen ideologischen Elemente des Populismus – positiver Volksbezug, Eliten- und Politikkritik und Idealisierung früherer sozialer und politischer Verhältnisse – in Beziehung zueinander gesetzt und dabei in umfassendere ideologische Diskurse eingebunden werden. Erst diese Rahmendiskurse verleihen ihnen ihre konkrete Bedeutung (Laclau 1981: 139f.), denn der Populismus selbst verfügt nicht über komplexe Argumentationsmuster. Er ist 'ideologisch dünn' (Priester 2012: 117).

Empirische Beiträge zur Prekarisierungsforschung haben bis dato insbesondere auf rechtspopulistische Potenziale aufmerksam gemacht, die in den subjektiven Verarbeitungsweisen enthalten sind. In rechten Populismusvarianten werden die bisher erwähnten Kernelemente des Populismus mit Forderungen nach autoritärer Staatlichkeit verbunden, die Elitenkritik wird durch Kritik an imaginierten Leistungsverweigerern oder 'Fremden' ergänzt und ggf. sogar abgemildert (Kaendl 2009: 580f.). Fremdenfeindlichkeit oder Angst vor Fremden ist daher ein zentraler Teil des Rechtspopulismus (Bischoff/Müller 2004: 16). Dementsprechend wird das 'rechtschaffene Volk' ethnisch oder zumindest kulturell

definiert. Anziehend wirken entsprechende rechtspopulistische Diskurse laut Ulrich Brinkmann u.a. etwa, weil die „Bindekraft sozialstaatlicher regulierter ‘Normarbeit‘“ infolge von Prekarisierungsprozessen nachgelassen hat und dies „eine Suche nach alternativen Integrationsangeboten und -strategien motiviert“ (Brinkmann et al. 2006: 82): RechtspopulistInnen können dabei durchaus an Wertorientierungen und Interessen anknüpfen, die lange Zeit als typisch für sozialdemokratisch oder gewerkschaftlich orientierte Lohnabhängige gelten konnten (ebd.: 65). Demnach kann ein national orientiertes ‘Sozialstaatsbewusstsein’ in regressiv-moderne Ausschlussideologien überführt werden, wobei rechte Populismen versuchen, Elemente der alten „Sozialpartnerschaftsideologie zu konservieren“ (Dörre 2004: 306). Soziale Ungleichheiten und daraus folgende Ungerechtigkeitswahrnehmungen werden also aufgegriffen, im Rahmen rechtspopulistischer Deutungen allerdings nicht als Ergebnisse von Konflikten zwischen Kapital und Lohnarbeit interpretiert – wirtschaftliche und politische Eliten mögen zwar als Gegner erscheinen, immer aber richtet sich Wut auch gegen fremde Kulturen (Brinkmann u.a. 2006: 77), Leistungsschwache oder Fremde.

Zu ähnlichen Befunden kommt auch eine Forschergruppe der Forschungs- und Beratungsstelle Arbeitswelt aus Wien. Infolge sozialökonomischer Veränderungen und neoliberaler Reformen entstehen demnach Formen des Arbeitsleids, die im politischen Feld durch etablierte Parteien kaum mehr repräsentiert werden. Von besonderer Bedeutung sind Missachtungserfahrungen, die innerhalb und außerhalb der Betriebe gemacht werden (Flecker et al. 2005: 9). Entbehrungen und Härten des Erwerbslebens stehen keine bzw. ungenügende und immer unsicherere Belohnungen (Einkommen, Sicherheit und somit Sozialintegration) gegenüber. Die unentgelteten Arbeitsleiderfahrungen, die als die [...] körperlichen, psychischen und sozialen Kosten der Unterwerfung unter die Zumutungen und Zwänge des Erwerbslebens“ (ebd.: 21) verstanden werden können, werden infolgedessen häufig bewältigt, indem rechtspopulistische Deutungsangebote mobilisiert werden. Interessengegensätze werden darin als Identitätskerne artikuliert, die Grenzen ‘des Volkes’ entlang ethnischer oder religiöser Differenzen gezogen (ebd.: 4). Die entsprechenden rechtspopulistischen Reaktionen lassen sich als ‘konformistische Rebellionen’ deuten, da sie an die „teilweise versteckten Ideologien der ökonomisch und politisch Herrschenden anknüpfen, etwa jener des Wettbewerbsstaates“. Klassenverhältnisse werden dagegen weder zum Thema gemacht, noch sollen sie verändert werden (Flecker/Krenn 2009: 331). Kritik mag sich auch an Eliten richten, die gegen das eigene Interesse verstoßen; zu greifbaren GegnerInnen werden aber die Subalternen und Schwachen gemacht. Grundvoraussetzung für die Anfälligkeit für den Rechtspopulismus ist jedoch, dass sich Deklassierungsängste und Verunsicherungen mit Ohnmachtsgefühlen verbinden. „Die Wahrnehmung, ein Spielball der ökonomischen Entwicklung

und damit letztlich anonymer Kräfte zu sein, fügt sich zur Konstruktion der Bevölkerung als passives Opfer übermächtiger Gegner – eine Sichtweise, die vom Rechtspopulismus gefördert wird.“ (ebd.: 325)

Die Attraktivität des rechten Populismus erklärt sich gleichwohl nicht allein aus Arbeitsleiderfahrungen und Ohnmachtsgefühlen, sondern zugleich aus der Diskrepanz zwischen Leiderfahrungen und ihren mangelnden legitimen Ausdrucksformen. Sie werden nicht mehr durch traditionelle Parteien der ArbeiterInnenbewegung aufgegriffen. Emanzipatorische Interpretationsangebote, mit deren Hilfe diese Erfahrungen verarbeitet werden könnten, fehlen (ebd.: 324). Insofern kann rechter Populismus aus dem Vertrauensverlust Profit schlagen, dem etablierte politische Parteien ausgesetzt sind (Kaindl 2009: 579). „Die Stunde des Rechtspopulismus schlägt in der mehr oder weniger chronischen Krise der Politik“ (Bischoff/Müller 2004: 20).

Als fraglich kann gleichwohl gelten, ob die ‘Krise der Politik’ stets und ausschließlich den Weg nach rechts ebnet. Einen kausalen Zusammenhang zwischen Arbeitswelterfahrungen und rechtspopulistischen Verarbeitungsweisen unterstellen beispielsweise weder Ulrich Brinkmann et al. (2006) noch die Wiener Forschergruppe. Im Gegenteil: Denkbar sei etwa auch, dass die Kränkungen innerhalb des Arbeitslebens in eine grundsätzliche Mobilisierbarkeit gegenüber Eliten und Establishment münden (Flecker/Krenn 2009: 331).

Entsprechende Brücken zum Linkspopulismus ließen sich in einer Untersuchung rekonstruieren, in deren Mittelpunkt die subjektive Verarbeitung von Prekarisierungsprozessen in prekären Dienstleistungsbetrieben stand. Auf der Basis von 16 problemzentrierten Interviews und fünf Gruppendiskussionen wurden soziale Deutungsmuster rekonstruiert, mit deren Hilfe Menschen in prekärer und prekarisierter Lage ihre Arbeits- und Lebenssituation verarbeiteten. In den beiden Erhebungsbetrieben wurden in der Zeit vor der Untersuchung die betrieblichen Leistungsanforderungen intensiviert und Beschäftigungsstrategien entwickelt, die auf untertariflicher Bezahlung und einem strategischen Einsatz prekärer Arbeitsverhältnisse beruhten. Prekäre Beschäftigung wurde normalisiert, Normalarbeit wurde prekariert. In den Belegschaften entstanden Spaltungslinien. Die tiefste verlief zwischen Festbeschäftigten und prekären LeiharbeiterInnen, die teilweise mehrere Monate eingesetzt wurden. In beiden Betrieben sind die Belegschaften durch das Management unter einen erheblichen leistungs- und lohnpolitischen Druck gesetzt worden, der durch den machstrategischen Einsatz prekär Beschäftigter noch verstärkt wurde.

Staatsorientierter und exklusiver Sozialpopulismus

Im Weiteren werden zwei Deutungsmuster rekonstruiert, mit deren Hilfe prekäre LeiharbeiterInnen, prekarierte Normalbeschäftigte und Betriebsräte ihre betriebliche und gesellschaftliche Situation verarbeiteten. Die Durchführung und Auswertung der Interviews und Gruppendiskussionen beruhte auf der Grundannahme, dass Menschen in der Regel Normen und Anschauungen verinnerlichen, die die Reproduktion eines Sozialsystems ermöglichen und die subjektive Akzeptanz von Unterordnung fördern. Da das Alltagsbewusstsein aber in sich ungleich entwickelt und widerspruchsvoll ist, können auch gegenteilig wirkende Deutungen entstehen. Derartige Deutungsmuster, die für kollektives Handeln mobilisieren, identifizieren unhaltbare Probleme, weisen auf veränderbare Ursachen und Verantwortlichkeiten hin und legen Mittel nahe, durch die Verbesserungen erreicht werden können (Snow/Soule 2010: 50ff.). Im Zentrum des Interesses standen bei der Analyse der Deutungsmuster deshalb die darin enthaltenen Problemwahrnehmungen, die auf diese bezogenen Ursachendiagnosen, die sich abzeichnenden identitären Grenzziehungen (Welche Wir-Zugehörigkeiten ließen sich rekonstruieren?) und die Handlungsorientierungen (Werden Missstände als veränderbar wahrgenommen? Wer sind mögliche Akteure?). Jedes Deutungsmuster kombiniert diese Elemente und konstituiert so eigensinnige Solidaritäts- und Mobilisierungspotenziale.

Staatsorientierter Sozialpopulismus

Das erste Deutungsmuster wurde staatsorientierter Sozialpopulismus genannt. Es dominierte in den Interviews, die mit einem Betriebsrat und zwei Leiharbeitern der Firma Traumburg sowie einer Festbeschäftigten der Firma Lieferfix geführt wurden. Außerdem ist es in Diskussionen zentral, die mit dem Betriebsrat der Firma Traumburg und den an diese entliehenen Leiharbeitern durchgeführt wurden. In diesem Muster wird insbesondere kritisiert, wie Beschäftigte durch das Management behandelt werden. Problematisiert werden Arbeitsdruck, eine reine Instrumentalität des Beschäftigers den Arbeitskräften gegenüber und eine verallgemeinerte Beschäftigungsunsicherheit. Der Leiharbeiter Jürgen etwa macht den rücksichtslosen Umgang des Managements mit der gesamten Belegschaft der Traumburg zum Thema. Dafür nutzt er ein bemerkenswertes Bild. Der Chef interessiere sich nicht für die konkreten Arbeitsleistungen, „für den sind wir ein Auto, und so lange das Auto fährt, ist die Welt in Ordnung.“ Vernünftig wäre dementsgegen ein nachhaltiger Umgang mit den Beschäftigten, der im Unternehmen aber unrealistisch ist. „Da ist es eher ein Traktor, ... es wird nur das an Sprit reingekippt, was das Ding eben unbedingt zum Fahren braucht, das Ding

kommt nicht in die Wäsche, das Ding wird nicht abgeschmiert, das Ding wird einfach nur gefahren.“

Diese betriebsbezogenen Unzufriedenheiten verbinden sich mit der Problematisierung der als wachsend wahrgenommenen sozialen Ungleichheit und einer starken Enttäuschung über PolitikerInnen. Diese Kritiken werden in einer eigensinnig 'gemeinwohlorientierten' Perspektive vorgetragen. In einer Gruppendiskussion zwischen Betriebsräten wird dies z.B. im Zuge eines Vergangenheitsdiskurses deutlich. Früher, so der Betriebsrat Bela, habe es eine Wirtschaft gegeben, die allen Teilen der Bevölkerung genutzt habe, „also man hat gearbeitet und hat Geld verdient, man hat es ausgegeben und derjenige, der dann mein Geld erhalten hat, der hat es dann wieder genau so gemacht und alle haben im Grunde am Wohlstand teilgenommen.“ Dieses Wohlergehen aller wurde durch den Interessenegoismus weniger gestört. Diese Überlegung führt direkt zur Thematisierung der wachsenden Ungleichheit durch einen anderen Betriebsrat: „Die Schneise wird alles größer zwischen Arm und Reich. ... Heute gehst Du acht Stunden am Tag Keulen und weißt trotzdem am 17ten nicht mehr, wie du mit dem Sprit zurecht kommst, während der Chef mit dem Firmenwagen an dir vorbeifährt und fett grinst.“ Einige der Beschäftigten, aus deren Interviews oder Diskussionen sich das Muster staatsorientierter Sozialpopulismus rekonstruieren ließ, fordern darüber hinaus, 'die Politik' und 'unternehmerische Eliten' sollten zum Wohle der wirtschaftlichen Entwicklung die Beschäftigteninteressen (und damit die eigenen Ansprüche) berücksichtigen. Dies allein würde dem vorgestellten betrieblichen bzw. gesellschaftlichen Allgemeinwohl dienen. Im Zentrum der kritischen Deutungen steht 'der kleine Arbeiter', 'das kleine Volk', 'der kleine Mann', der ausgenutzt und für seine Leidenserfahrungen nicht angemessen entschädigt wird. In der bereits zitierten Diskussion zwischen Betriebsratsmitgliedern wurden beispielsweise kurze Zeit vorher politische Akteure zum Thema gemacht, die sich nachsichtig gegenüber 'Arbeitgebern' verhalten. Alternativ wird eine Politik im Interesse des Volkes eingefordert. Dass es diese – so die Implikation – nicht gibt, wird auf finanzielle Abhängigkeiten der PolitikerInnen zurückgeführt: „Peter, ich vertrete ja die These, man sollte ihnen vielleicht noch mehr geben, aber im Gegenzug muss man dafür verlangen, dass sie keinen Nebenjob mehr annehmen (...). Wichtig wäre, dass sie wieder Entscheidungen treffen für die Leute, von denen sie eigentlich gewählt worden sind, ja? Und nicht nur ... für die Industrie.“

Die wahrgenommenen betrieblichen und gesellschaftlichen Probleme werden im staatsorientierten Sozialpopulismus in weitere ökonomische und politische Zusammenhänge eingeordnet. Dies geschieht etwa, indem 'die Politik' und 'die Wirtschaft' als legitime Akteure der Veränderung adressiert werden (die für Verbesserungen sorgen könnten), zugleich aber auch Kritik auf sich ziehen, da es nicht zu den erwünschten Verbesserungen kommt. Damit werden in ihrem

Handeln zugleich die Ursache und die mögliche Lösung der wahrgenommenen Probleme gesehen – wodurch eine starke Erwartungshaltung politischen und ökonomischen Eliten gegenüber entsteht, die leicht zu enttäuschen ist. Verbreitet sind dabei Deutungen, die ‘die Politik’ als abhängig von ‘der Wirtschaft’ oder direkt von dieser gesteuert sehen, wie dies z.B. die in der Firma Lieferfix arbeitende Festbeschäftigte Dagmar ausdrückt: „Ich finde das eine Schweinerei, dass die sich da oben alle gesundstoßen auf unsere Kosten Uns nehmen sie das ganze Geld weg ... und die Lobbyisten da oben, die stecken sich das Geld ein Die Politiker, die schmeißen sich doch mit denen zusammen, dass die sich mehr oder weniger auf die Seite der Industrie schlagen und nicht auf die Seite der Bevölkerung.“

Aufgrund dieser ambivalenten Verantwortungszuschreibungen an ‘die Politik’ oder ‘die PolitikerInnen’ wurde das Muster staatsorientierter Sozialpopulismus genannt. Einerseits werden ‘die PolitikerInnen’ als scheiternde potenzielle ProblemlöserInnen zu Zielscheiben der Empörung, auch weil ‘die Politik’ zugleich als Instrument wirtschaftlicher Interessengruppen interpretiert wird. Andererseits hoffen Beschäftigte, dieselben politischen Akteure würden sich für die gewünschten Verbesserungen einsetzen. Aus dieser doppelten Staatsorientierung kann sich eine eigentümliche Dynamik entwickeln, die zu Legitimationsproblemen ‘der PolitikerInnen’ bzw. Zweifeln an der Leistungsfähigkeit des politischen Systems führen kann. ‘Staatsorientierung’ soll in diesem Zusammenhang also nicht über die wichtige Rolle hinwegtäuschen, die die Kritik am Management bzw. allgemeiner an wirtschaftlichen Eliten in diesem Deutungsmuster spielt, sondern die ambivalente Funktion und Wirkung der Politikkritik hervorheben.

Die Handlungsorientierungen, die angesichts dieser Problemwahrnehmungen und Verantwortungszuschreibungen verbreitet sind, sind ausgesprochen dualistisch. Eine Haltung des ‘Man müsste sich gemeinsam wehren’ kombiniert sich mit einem alltagsbezogenen Pessimismus, sobald es um die konkreten Möglichkeiten der Gegenwehr geht. Dies lässt sich anhand eines Interviews verdeutlichen, das mit dem Leiharbeiter Lars geführt wurde. Lars’ direkte Handlungsorientierung ist durch eine Exitoption geprägt – er hegt den Wunsch, sich in absehbarer Zukunft selbstständig zu machen. Bis dahin habe er noch ‘durchzuhalten’. Insbesondere bezogen auf die Möglichkeiten konkreter Gegenwehr zeigt er sich skeptisch, sieht keine Alternative zum Mitmachen. Hier greift auch die Angst vor dem Arbeitsplatzverlust Platz. Allerdings: Diesen konkreten Pessimismus kombiniert Lars mit einer Haltung des ‘Eigentlich müsste man sich wehren’: „Was ich tun könnte? Indem ich mich vielleicht eher betrieblich engagiere Aber wie gesagt, dann dürfte man auch wieder nicht alleine dastehen.“

Exklusiver Sozialpopulismus

Das zweite Deutungsmuster wurde als exklusiver Sozialpopulismus bezeichnet. Es ist ausschließlich in Interviews und Diskussionen zu finden, die mit prekarierten Normalbeschäftigten durchgeführt wurden. Viele der für den staatsorientierten Sozialpopulismus typischen Deutungen finden sich auch im exklusiven. In ihm werden ebenfalls betriebsbezogene Wahrnehmungen von Ungerechtigkeit ausgedrückt, empörend wirkt auch hier ein rein instrumenteller Umgang des Beschäftigten mit den Arbeitskräften. Geteilt wird zudem die Wahrnehmung, dass feste Beschäftigungsverhältnisse betrieblich und gesamtgesellschaftlich durch prekäre verdrängt werden. Im Unterschied zum staatsorientierten Sozialpopulismus wird jedoch auch die eigene Beschäftigungssicherheit als bedroht gesehen. Die Sorge, die eigene Festbeschäftigung könnte durch ein prekäres Beschäftigungsverhältnis ersetzt werden, ist daher groß. Über die LeiharbeiterInnen im eigenen Betrieb heißt es beispielsweise bei Ernst, einem Festbeschäftigten der Firma Traumburg: „Im Großen und Ganzen mache ich den Leuten ja keinen Vorwurf, die wollen ja auch nur ihr Geld verdienen. Aber was soll ich davon halten? Die machen unsere Arbeitsplätze kaputt.“ Gerade osteuropäische Arbeitskräfte, die in der Traumburg arbeiten, tun dies zu besonders niedrigen Löhnen. Mit dem staatsorientierten teilt der exklusive Sozialpopulismus, dass die betriebsbezogene Kritik verbunden wird mit Problematisierungen wachsender sozialer Ungleichheit und der Zuschreibung von Verantwortung an unternehmerische Eliten bzw. Gewinnstreben und falsches politisches Handeln. Ernst etwa führt die von ihm kritisierten Entwicklungen, nicht zuletzt das niedrige betriebliche Lohnniveau, auf unternehmerische Profitinteressen zurück. „Gut, für unseren Arbeitgeber, da rentiert sich das. ... Aber weder der Arbeiter ... noch für die Regierung beziehungsweise für den ganzen sozialen Plan mit Arbeitslosengeld, das rentiert sich doch nicht.“ In eine ähnliche Richtung argumentiert auch der Ersatzbetriebsrat Peter, der gleichzeitig die wachsende Ungleichheit und deren Ursachen diskutiert: „Gibt nur zwei Klassen, Arm und Reich. Die Reichen tun sich auf Kosten des kleinen Mannes weiter bereichern. Zurzeit gibt es noch einen Mittelstand. Aber das dauert vielleicht noch fünf, höchstens zehn Jahre und dann ist der kleine Mann ... ganz unten.“ Später im Interview greift er das Thema wieder auf und erörtert die Ursachen dieser Entwicklung, wobei er das Zusammenwirken von politischen und ökonomischen Akteuren herausstellt: „Unsere Politiker sind daran schuld, die lassen immer mehr zu, dass die Firmen mehr und mehr Vater Staat unter Druck setzen können. Damit die Firmen in Deutschland bleiben, kriegen die Firmen immer mehr Rechte zugesprochen, immer mehr Sparpotenzial zugeschoben.“

Der zentrale Unterschied gegenüber dem staatsorientierten Sozialpopulismus besteht hinsichtlich des 'Wir' der möglichen Solidargemeinschaft. Innerhalb des

exklusiven Sozialpopulismus ist sie deutlich begrenzter. Beispielsweise werden Leih- oder ausländische Arbeitskräfte als Bedrohung der eigenen Beschäftigungssicherheit gedeutet. Dennoch richtet sich ihre Empörung nicht zuvorderst gegen diese Konkurrenz, sondern gegen unternehmerische Eliten und falsch handelnde PolitikerInnen. Von Bedeutung sind in diesem Zusammenhang auch Personalisierungen, die z.B. die Verdrängung von Festbeschäftigten durch Prekäre auf den Interessenegoismus von ManagerInnen und das unternehmerische Ziel der Lohnkostensenkung zurückführen. „Der Müller (der leitende Manager vor Ort; Anm.: T.G.), das ist so ein Schwein, ... das juckt den überhaupt nicht, wie viele Jahre du im Betrieb bist. Fakt ist, du bist ein Festangestellter, du bist zu teuer und für dich könnte man auch drei HVC-Mitarbeiter kriegen, und dann versuchen die dich gnadenlos abzusägen.“ Insgesamt werden Problemdeutungen, Ursachendiagnosen und Grenzziehungen entwickelt, die klar ‘Fluchtlinien’ einer exklusiven Solidargemeinschaft der Festbeschäftigten aufscheinen lassen. Dabei soll der Begriff ‘Fluchtlinie’ einen möglichen (interessen-)politischen Ausdruck dieser Deutungen aufzeigen, der sich allerdings nicht zwangsläufig durchsetzen muss. Denn die exklusiven Grenzziehungen sind nicht hermetisch, sondern ambivalent. Sie können von relativierenden Gegentendenzen begleitet werden. In den Deutungen von Friedrich enthalten die Grenzen, die im Lichte der beschäftigungspolitischen Bedrohung gezogen werden, z.B. nationalistische Untertöne: „Das Problem bei der ganzen Sache, die hohe Zahl der Arbeitslosen erklärt sich nun mal teilweise auch durch Leiharbeitsfirmen, die schlicht und einfach nicht aus Deutschland kommen.“ Diese Problembeschreibung verbindet sich bei Friedrich mit einem mal expliziten, mal nur angedeuteten Plädoyer für ‘Arbeit zuerst für Deutsche’, wobei ‘deutsch’ nicht klar ethnisch definiert wird, sondern gedeutet wird als ‘Menschen, die hier leben’. Nicht nur im konkreten Fall werden an einen Populärkeynesianismus erinnernde ökonomische Nützlichkeitsauffassungen herangezogen, um die eigene Sichtweise zu begründen: Zahlen ‘fremde Arbeitskräfte’ vor Ort Steuern? Konsumieren sie ‘hier’ und halten so den lokalen Wirtschaftskreislauf in Gang? Nutzt ihre Beschäftigung so in der Konsequenz der Gemeinschaft vor Ort? „Das ... Geld, was sie hier verdienen, nehmen sie ja mit rüber. Zum Beispiel die Stadt Meyersbach hier, das ist eine tote Stadt. Die Leute von der HVC (einer Leiharbeitsfirma; Anm.: T.G.) nehmen ihr Geld mit in ihr Heimatland, die geben hier auch nichts aus.“ Das Motiv einer national argumentierenden – nicht: nationalistischen – Kapitalismuskritik tritt vorsichtig hervor. Nicht nur die Kaufkraft, auch Arbeitsplätze in der Region gingen so verloren.

Politische Ambivalenzen der Brücken zum Linkspopulismus

Die beiden dargestellten Deutungsmuster wurden aus zwei Gründen 'sozial-populistisch' genannt. Erstens soll hervorgehoben werden, dass in ihrem Mittelpunkt nicht verwirklichte soziale Interessen und soziale Missachtungserfahrungen stehen; zweitens soll die Namensgebung unterstreichen, dass sich beide Muster nicht eindeutig einem politischen Lager entlang der Links-Rechts-Typologie zuordnen lassen. Wie einleitend argumentiert wurde, ist die jeweilige politische Bedeutung populistischer Diskurse davon abhängig, wie die zentralen ideologischen Elemente des Populismus Volksbezug, Eliten- und Politikkritik sowie die idealisierende Bezugnahme auf 'das Früher' in ein Verhältnis zueinander gebracht und dabei in komplexere ideologische Deutungsangebote eingebunden werden (Laclau 1981: 139f.). Dies geschieht nicht automatisch, sondern kann nur ein Ergebnis umkämpfter politischer Interventionen sein, beispielsweise seitens der antagonistischen Linken und von GewerkschafterInnen – nicht zuletzt durch das Angebot plausibler Deutungsmuster betrieblicher und gesellschaftlicher Umbruch- und Konfliktsituationen (AK SU 2013: 361f.). Die beiden rekonstruierten Deutungsmuster bieten Anknüpfungspunkte dafür – insofern muss es als politisch offen gelten, in welche Richtung sie sich entwickeln. Grundsätzlich enthalten beide Brücken zu einem linken Populismus. In beiden Mustern werden klassenpopulistische Deutungen entfaltet, die zwischen dem 'einfachen Volk' und Eliten polarisieren – Klassengegensätze stehen in ihnen direkt zwar nicht im Vordergrund, das Volksmoment ist diskursiv aber eng verbunden mit Erfahrungen der Lohnabhängigkeit und entsprechender Benachteiligungen. Diese Art Klassenpopulismus kann sowohl in autoritäre als auch in emanzipatorische Ideologien und Bewegungen eingebunden werden (Gamson 2002: 90).

Während dem rechten Populismus deutlich eine fremdenfeindliche, anti-demokratische und gegen nicht-leistende Gesellschaftsmitglieder gerichtete Stoßrichtung innewohnt, fehlen diese im linken Populismus. Linkspopulismus unterscheidet sich m.E. durch vier Eigenschaften von rechten Populismusvarianten. Erstens richten sich Empörungen und Kritiken, die sich aus sozialen Leiderfahrungen speisen, gerade nicht zuvörderst an andere subalterne Menschen (z.B. Erwerbslose oder MigrantInnen), sondern treffen in erster Linie – wenngleich nicht: ausschließlich – ökonomische und politische Eliten. Zweitens ist linker Populismus Klassenpopulismus in zweifacher Hinsicht. 'Das Volk' wird deutlich mit Lohnabhängigkeit identifiziert (D'Alessio 1982: 9), während ethnische Definitionen marginal sind oder keine Rolle spielen. Darüber hinaus werden sozialökonomische Interessengegensätze nicht durch ethnische oder religiöse ersetzt oder überlagert, wie es im rechten Populismus üblich ist (Brinkmann et al. 2006: 77). Vielmehr werden sie im Rahmen eines Antagonismus zwischen Volk

und Eliten, unten und oben artikuliert. Drittens ist Leistungsgerechtigkeit zwar auch im linken Populismus ein wichtiger normativer Bezugspunkt. Erwerbslose, andere Lohnabhängige oder sogenannte imaginierte Leistungsunwillige, Unflexible und Immobiler werden auf ihrer Grundlage aber nicht abgewertet. Viertens ist die linkspopulistische Staats- und PolitikerInnenkritik mitnichten grundlegend antidemokratisch. Sie mündet nicht in einer Orientierung an einem starken Staat oder charismatischen FührerInnen, sondern in Appellen an PolitikerInnen, ihr Handeln dem Ideal einer sozialen und demokratischen Gesellschaft zu verschreiben, in der den Interessen 'der kleinen Leute' gegenüber denen der Eliten Gehör verschafft wird. Linkspopulistische PolitikerInnenkritik ist volksdemokratisch motiviert (D'Alessio 1982: 9-10) und zeigt, wie wenig sich Beschäftigte durch ökonomische Eliten anerkannt und durch PolitikerInnen vertreten fühlen (Priester 2012: 99f.). Ein solcher linker Populismus ist innerhalb der Linken keineswegs unbekannt, wie ein Blick auch nach Lateinamerika zeigt (ebd.: 114ff.; 207ff.). In volks- oder populär-demokratischen Momenten werden 'das Volk' und dessen (demokratische) Kämpfe mit Klasse identifiziert (D'Alessio 1982: 9). Ein Beispiel für linken Populismus sieht Karin Priester in der antifaschistischen Volksfront- und Bündnispolitik der Kommunistischen Partei Italiens während des Mussolini-Faschismus (Priester 2012: 212). Priester verdeutlicht dies anhand der Propaganda der Zeitschrift *Voce*, dem Organ der Italienischen Volksunion, einer Vorfeld- oder Massenorganisation der KP: „Mal ist von den magischen 200 Familien die Rede, mal von 500 Familien, die das Land fest im Griff hätten, oder von einer 'Handvoll Parasiten', die sich auf Kosten des Volkes bereicherten. Das 'gute Volk der Italiener' ... steht gegen die wenigen Blutsauger.“ (ebd. 2012: 211) Nicht soziale Verhältnisse, sondern konkrete Personengruppen, nicht die Produktionsweise, sondern die Plutokratie wurden zum Adressaten der Kritik gemacht, die Menschen ideologisch nicht als ArbeiterInnen oder Arbeiterklasse, sondern als Volk ideologisch angerufen (ebd. 2012: 212).

In beiden rekonstruierten Deutungsmustern lassen sich Brückenelemente finden, die zu einem derartigen Linkspopulismus führen könnten, wenngleich der exklusive Sozialpopulismus durch exklusive und ambivalente Grenzziehungen gegenüber anderen Lohnabhängigen charakterisiert ist. Erstens: In beiden Mustern wurden enttäuschte Interessen und Erfahrungen der Missachtung sowie ein Selbstverständnis als 'einfaches Volk' oder 'kleine Leute' ausgedrückt. Die eigenen Ansprüche wurden gerechtfertigt, indem sie in eine Gemeinwohlorientierung eingebunden wurden, die auch von Eliten eingefordert wird. In beiden Deutungsmustern dient eine idealisierte Vergangenheit als Kontrastfolie, vor der die eigene Kritik formuliert wird: In diesem Gestern erscheinen die eigenen Wünsche als bereits einmal realisiert. Diese Gemeinwohlorientierung zumindest, in deren Horizont kritisiert wird, macht inklusive Formen der So-

lidarität zwischen Lohnabhängigen denkbar. Denn Bezugspunkt ist nicht nur das individuelle, sondern das vorgestellte Gesamtinteresse. Zweitens: 'Volk' wird in beiden Deutungsmustern sozial gedeutet, nicht in erster Linie über eine nationale Wesenheit definiert, sondern teilweise synonym für 'arbeitende Menschen' verwendet. Interessengegensätze werden dabei nicht verdrängt – in keiner Variante des Sozialpopulismus geht die Selbstidentifizierung als 'kleines Volk' oder 'kleiner Mann' mit dem Tausch von Interessenpolitik gegen Identitätspolitik einher, den Flecker u.a. als ein Merkmal des Rechtspopulismus ausweisen (Flecker et al. 2005: 4). Allerdings wohnen dem exklusiven Sozialpopulismus deutliche ideologische Fluchtlinien inne, die rechtspopulistische Einbindungen ermöglichen. Der Begriff 'Fluchtlinie' soll auf die Möglichkeit hinweisen – automatisch wird diese Entwicklung vermutlich nicht eintreten. Deutlicher noch als beim staatsorientierten Sozialpopulismus dürfte es auf die (gewerkschafts-)politischen Interventionen und Projekte ankommen, die sich mit dieser Variante des Sozialpopulismus auseinandersetzen. Die zentrale Rolle, die Schuldzuschreibungen an ökonomische und politische Eliten auch in diesem Muster spielen, bietet zumindest die Gelegenheit, Wut und Empörung für herrschafts- und ausbeutungskritische Lernprozesse nutzbar zu machen. Gerade die eigensinnigen Problembeschreibungen, die in kostengünstigeren (ausländischen) Leiharbeitskräften eine Bedrohung sehen, stehen dem entgegen. RechtspopulistInnen bedienen sich in der Regel solcher Deutungen.¹ Beispielsweise erklären sie „die Abschwächung des Wirtschaftswachstums, die finanziellen Probleme in den Sozialkassen und selbst die desaströse Situation in den öffentlichen Haushalten mit den Ansprüchen von Arbeitsmigranten und Flüchtlingen.“ (Bischoff/Müller 2004: 17) Wenngleich derartige Deutungen für das Muster exklusiver Sozialpopulismus nicht typisch sind, bestehen doch Ähnlichkeiten zur Sorge über die mögliche Verdrängung durch ausländische Leiharbeitskräfte bzw. über die negativen Folgen für die regionale Wirtschaft und Gemeinschaft, die oben dargestellt wurden. Diese Ambivalenzen lassen sich nicht auflösen. Sie rufen in Erinnerung, dass weder Interessen noch subjektive Alltagstheorien, die die Verarbeitung menschlicher Erfahrung unterstützen, stabil und widerspruchsfrei sind. Auf diese Facette der Konfliktverarbeitung wurde bereits in älteren kritisch-soziologischen Debatten hingewiesen. So erinnert Oskar Negt daran, „daß es

1 Dies festzustellen bedeutet nicht, die objektiv gegebene und durch die Firma Traumburg machtstrategisch eingesetzte Arbeitsmarktkonkurrenz zu bestreiten – tatsächlich existiert ein Lohngefälle, das es in Deutschland lebenden und an das hiesige Preisniveau gebundenen Lohnabhängigen schwer macht, in der Arbeitskräftekonkurrenz zu bestehen. Die dargestellte Problembeschreibung ist insofern nicht schlicht 'falsches Bewusstsein', sondern reflektiert ein objektives Handlungsproblem.

Faschismus und Sozialismus nicht mit ganz verschiedenen, sondern mit ein und demselben Menschen zu tun haben, deren Bedürfnisse ... nach der rechten oder nach der linken Seite hin organisierbar sind. So konnten die Faschisten sehr leicht Solidaritätsbedürfnisse in Kameradschaftsbedürfnisse umorganisieren, und zwar stabil [...]. Bedürfnisse sind eben nicht fest, es gibt keine proletarischen Eigenschaften und antikapitalistischen Einstellungen, auf die man bauen könnte und die unter allen Bedingungen bleiben, was sie sind: sie sind vielmehr ambivalent, doppelwertig, also jederzeit umorganisierbar, wenn man sie liegenläßt und so tut, als ob sie unwichtig wären [Hervorhebungen durch Negt]“ (Negt 1987: 69). Damit sollen die aus emanzipatorischer Perspektive problematischen Ambivalenzen gerade nicht verharmlost werden, sondern dafür plädiert werden, sie nicht ‘liegen zu lassen’, wie es bei Negt heißt. Drittens: Sowohl im staatsorientierten wie auch im exklusiven Sozialpopulismus werden politische Eliten insbesondere dafür kritisiert, dass sie den Schutz der ‘kleinen Leute’ nicht gewährleisten bzw. sich nicht gemeinwohlorientiert verhalten. Beides wird auch auf die ‘Macht von Lobbyisten’ zurückgeführt, womit die Käuflichkeit ‘der PolitikerInnen’ und somit die Abhängigkeit politischer Akteure von ‘der Wirtschaft’ oder gar ein Zusammenhalt von Politik und Wirtschaft unterstellt wird. Für die Konturierung einer Selbstbeschreibung als ‘kleines Volk’ oder ‘kleine Leute’ ist das ein wichtiger Abgrenzungspunkt. In beiden Deutungsmustern wurzelt diese Kritik an politischen Akteuren daher nicht in antidemokratischen Ressentiments, sondern in einer frustrierten Adressierung der politischen Eliten als ‘Sorgeinstanz’ für das politische und soziale Gemeinwohl.

Politische Perspektiven: „Gewerkschaften als Bewegung“ und „neue soziale Demokratie“

Wie emanzipatorische Projekte an diese Deutungsmuster anknüpfen können, wie die Brücken zum Linkspopulismus befestigt, ausgebaut und genutzt werden können, ist letztlich nur im Rahmen kollektiver politischer Arbeit zu beantworten. Abschließend möchte ich als Anregung und Ausblick dennoch einige Thesen formulieren, die sich auf gewerkschaftliche und politische Strategien beziehen.

Die erste These lautet, dass eine konfliktorientierte und an inklusiver Solidarität der Lohnabhängigen ausgerichtete gewerkschaftliche Strategie notwendig ist, die auf die Organisation der Unorganisierten setzt. Da Ohnmachtsgefühle die Tendenz zu exklusiven Grenzziehungen anderen Lohnabhängigen gegenüber verstärken, müssen gewerkschaftliche Handlungsstrategien entwickelt werden, die auf die Befähigung zur politischen Selbsttätigkeit setzen und schrittweise Erfahrungen des Mächtigseins im betrieblichen Alltag vermitteln – ob nun in

sogenannten Organizingprojekten (Dörre 2012) oder in der alltäglichen Betriebspolitik. Das bedeutet, die Beschäftigten selbst als Akteure zu stärken.

Eine solche „Gewerkschaft als Bewegung“ sollte, so die zweite These, in ihrer Kampagnenarbeit, in der alltäglichen Überzeugungsarbeit und in der politischen Bildung Orientierungswissen über die politökonomischen Ursachen vermitteln, das die komplexeren Ursachen von Prekarisierungsprozessen offen legt. Wettbewerbsorientierungen, wie sie sich im Co-Managementansatz einflussreicher BetriebsrätInnen und GewerkschaftsfunktionärInnen finden, befeuern hingegen Klassenfragmentierungen, verkürzte Krisendeutungen und exklusiv-solidarische Orientierungen. Aber auch die Fallstricke popularisierter keynesianischer Argumentationsmuster wurden am Beispiel des exklusiven Sozialpopulismus bereits angedeutet. Die vorhandenen personalisierenden Kritiken am Management und die romantisierenden Vergangenheitsdeutungen, in denen Utopien eines guten Lebens enthalten sind, wären dementsgegen exemplarisch als Ausgangspunkte für die Vermittlung soziologischer Fantasie zu nehmen, die dazu befähigt, jene gesellschaftlichen Bedingungen und Zusammenhänge zu entschlüsseln, die die eigene Situation beeinflussen. In diesem Zusammenhang wäre an ältere Diskussionen über betriebsnahe Bildungsarbeit anzuknüpfen. Diese stellt eine Vermittlung her zwischen Konflikten um die Verbesserung der konkreten Bedingungen in den Betrieben und notwendigen Auseinandersetzungen um die Zentralen der wirtschaftlichen und politischen Macht. Sie geht dabei von konkreten Erfahrungen und Problemen aus und schafft ein Bewusstsein ihrer gesellschaftlichen Zusammenhänge, um Lösungswege sichtbar zu machen (Schmidt 1975: 180).

Die dritte gewerkschaftsbezogene These lautet, dass inklusiv-solidarische Strategien der Interessenpolitik – ausgehend von den herausgearbeiteten eigensinnigen Gemeinwohlorientierungen der Beschäftigten – dazu in der Lage sind, exklusive Grenzziehungen anderen Beschäftigten gegenüber zu marginalisieren und so die Gefahr einer rechtspopulistischen Einbindung zu bannen. Klassensolidarität wird dabei als bewusstes Ziel formuliert. Dies bedeutet nicht die machtstrategisch gewollte Konkurrenz zwischen Festbeschäftigten und Prekären, Lohnabhängigen, die in Deutschland wohnen, und WanderarbeiterInnen zu leugnen. Die Orientierung an einer umfassenden Solidarität aller Lohnabhängigen ist zudem nichts, was der Gewerkschaftsarbeit grundsätzlich bereits eigen ist, sondern ein besonderes Programm, für das gestritten werden muss. Gewerkschaften wären in diesem Ansatz von „Gewerkschaft als Bewegung“ (Moody 1997; 2007) als Teil einer breiteren Klassenbewegung der Lohnabhängigen zu denken und Interessenpolitik in einer Allgemeinwohlperspektive zu entwickeln, die nicht nur den in Lohn und Brot stehenden Beschäftigten nützt, die über vergleichsweise gute Löhne und sichere Arbeitsverträge verfügen, sondern auch den Erwerbslosen, den prekär Beschäftigten und den Schwächsten der Gesellschaft. Hierfür ist

eine Orientierung auf Bündnisse mit anderen Initiativen und Organisationen von Lohnabhängigen elementar, beispielsweise Erwerbslosenorganisationen oder MieterInneninitiativen. Gerade im gewerkschaftlichen Kerngeschäft, der Tarifpolitik, ist es möglich, eine Klassenperspektive zu entwickeln bzw. die gewerkschaftlichen Interessen mit breiteren Klasseninteressen zu harmonisieren (Moody 1997: 60), wie Kim Moody anhand der kanadischen AutomobilarbeiterInnenengewerkschaft (CAW) erläutert. „Ein gutes Beispiel dafür Tarifforderungen in einen weiteren sozialen Zusammenhang zu stellen, gaben die Canadian Auto Workers (CAW) mit ihren Tarifforderungen von 1996 für die wichtigsten Autokonzerne. Anders als die United Auto Workers in den USA im selben Jahr, hat die CAW ein aggressives Verhandlungsprogramm vertreten, das auf die Schaffung von Arbeitsplätzen in der Industrie und im Land setzte. Kürzere Arbeitszeiten, die Beschränkung von Outsourcing und garantierte Arbeitsplatzquoten für die einzelnen Gemeinden, in denen die einzelnen Fabriken angesiedelt waren, waren das Herz des Programms. Mit einem Verhandlungsprogramm, das darauf abzielte Beschäftigung zu schützen und neue Beschäftigungsmöglichkeiten in den betroffenen Gemeinden zu schaffen, war es einfach Unterstützung in der Lohnabhängigenklasse der Region zu finden.“ (ebd.: 61)

Gewerkschaftliche Antworten sind notwendig, reichen allerdings nicht aus. Ein populistisches Projekt der „antagonistischen Linken“ müsste, so die vierte These, gleichzeitig in der Lage sein, verschiedene Milieus der abhängig Beschäftigten allgemeinpolitisch anzusprechen, dabei von den oben skizzierten, zuweilen verdinglichten Alltagskritiken auszugehen ohne bei diesen stehen zu bleiben, und Forderungen nach einer „neuen sozialen Demokratie“ in antipatriarchale und antirassistische Grundhaltungen einzubetten. Ein linker Populismus, der radikal sozial und volksdemokratisch (siehe oben) auf Kosten emanzipatorischer Kritik dieser Herrschaftsverhältnisse agiert, droht zivilgesellschaftlich vielmehr den Boden zu bereiten für die rechtspopulistischen Parteien und Bewegungen, die er eigentlich bekämpfen möchte.

Ausgehend von oben rekonstruierten Kritiken an PolitikerInnen, die sich mit Wirtschaftseliten gemeinmachen, so die fünfte Annahme, wäre ein linker Populismus um das Aktionsprogramm einer tief greifenden Demokratisierung der Gesellschaft zu entwickeln, das die Frage aufwirft und beantwortet, wann und unter welchen Umständen lohnabhängige Menschen in demokratischen kapitalistischen Gesellschaften politisch tatsächlich herrschen können. Dabei ist es notwendig, den Bogen zu schlagen von wichtigen und zu fördernden personalisierenden Kritiken an politischen und ökonomischen Eliten, wie sie in den skizzierten Deutungsmustern zu finden sind, über die systemkritische Weiterentwicklung dieser Zuschreibungen hin zu einem Programm der ‘demokratischen Vertiefung’, das sich nicht scheut, die etablierte politische Klasse und

ökonomischen Eliten als ‘antagonistisches außen in Fleisch und Blut’ politisch anzugreifen. Eine solche demokratische Vertiefung verlangt nach neuen Institutionen der direkten Demokratie, die Parlamente ergänzen, plädiert für demokratische Wirtschaftsgestaltung und eine radikale Verkürzung der Arbeitszeiten, die wirkliche Demokratie im Alltagsleben überhaupt erst möglich machen würde.

Dieses Programm einer ‘neuen Demokratie’ wäre, so die sechste These, mit einem Politikansatz zu verbinden, der die Linke lebensweltlich als Teil der ‘Welt jenseits des Establishments’ erfahrbar macht. Anregungen dafür bietet etwa die Praxis der niederländischen post-maoistischen Sozialistischen Partei (SP) in den 1990er und frühen 2000er Jahren (Wirries 2010). SP-Aktive unterstützten etwa sozial Benachteiligte beispielsweise beim Ausfüllen von Antragsformularen, entwickelten aber auch sonst soziales Engagement vor Ort. Die zugespitzte Kampagnenarbeit der Partei zielte nicht zuletzt darauf Klassenkonflikten, wie sie in den Gemeinden und Stadtteilen erlebbar waren, einen populären Ausdruck zu verleihen, der den Antagonismus zwischen Herrschenden und Beherrschten, Privilegierten und Benachteiligten deutlich sichtbar machte. Abgeordnete der Partei wurden dabei darauf festgelegt, vor Ort Gesicht zu zeigen. All dies machte einen linken Populismus im Alltag erfahrbar.

Die siebte und abschließende These lautet, dass die Arbeit an einer ‘neuen Demokratie’ und der Aufbau einer sich gesellschaftlich verankernden, sich engagierenden Linken organisch, mit einem sozialen Programm zu verbinden wäre, das ein radikal gemeinwohlorientiertes sozialökonomisches Entwicklungsmodell ausbuchstabiert. Im Kern ginge es um eine ‘Wirtschaftsdemokratie für das 21. Jahrhundert’, deren Leitideen etwa gemeinsam von GewerkschafterInnen, BetriebsrätInnen, MieterInnen- und KonsumentInneninitiativen sowie KleinstunternehmerInnen, WissenschaftlerInnen und Umweltbewegten zu entwickeln wären. Wirtschaftsdemokratie setzt partizipative Politikmodelle in Betrieben, Wirtschaftszweigen sowie Städten und Gemeinden voraus, durch die Lohnabhängige direkt Einfluss nehmen können – und verbindet diese mit einer politischen Rahmenplanung der Wirtschaftsentwicklung (Naphtali 1969; Šik 1979) Eine solche Bewegung kann anknüpfen an die oben rekonstruierten popular-keynesianischen Vorstellungen, wonach Wirtschaftserfolge der Region und der Gemeinschaft nützen sollten. Auf diese Art kann der linke Populismus seine volksdemokratische Ausrichtung durch ein radikales Reformprojekt konkret ausbuchstabieren und sozial unterfüttern – etwa mit Diskussionen um die Etablierung kostenloser sozialer Infrastruktur (Kindererziehung, Schwimmbäder, Nahverkehr etc.), dekommodifizierender Sozialpolitik, einem Ausbau des sozialen Wohnungsbaus und der Schaffung eines neuen Normalarbeitsverhältnisses jenseits der Prekarität.

Literatur

- AKU, Arbeitskreis Strategic Unionism (2013): Jenaer Machtressourcenansatz 2.0. In: Schmalz, Stefan/Dörre, Klaus (Hg.): Comeback der Gewerkschaften?, Frankfurt/M-New York: 345-376.
- Artus, Ingrid (2008): Prekäre Vergemeinschaftung und verrückte Kämpfe. In: PROKLA 38(1): 27-49.
- Beaud, Stéphane/Pialoux, Michel (2004): Die verlorene Zukunft der Arbeiter. Die Peugeot-Werke von Soucaux-Montbéliard, Konstanz.
- Bischoff, Joachim/Dörre, Klaus/Gauthier, Elisabeth (Hg.) (2004): Moderner Rechtspopulismus. Ursachen, Wirkungen, Gegenstrategien, Hamburg.
- Bischoff, Joachim/Müller, Bernhard (2004): Moderner Rechtspopulismus. In: Bischoff, Joachim/Dörre, Klaus/Gauthier, Elisabeth (Hg.): Moderner Rechtspopulismus, Hamburg: 9-45.
- Brinkmann, Ulrich/Dörre, Klaus/Röbenack, Silke (2006): Prekäre Arbeit. Ursachen, Ausmaß, soziale Folgen und subjektive Verarbeitungsformen unsicherer Beschäftigungsverhältnisse, Bonn.
- D'Alessio, Nestor (1982): Arbeiterbewegung und Volksbewegung. Untersuchungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung in einem rückständigen Land: Chile 1891-1958. Unveröffentlichte Dissertation, Göttingen.
- Decker, Frank (2006): Die populistische Herausforderung. Theoretische und ländervergleichende Perspektiven. In: Decker, Frank (Hg.): Populismus. Gefahr für die Demokratie oder nützliches Korrektiv?, Wiesbaden: 9-32.
- Dörre, Klaus (2012): Gewerkschaftliche Erneuerung: Aus der Krise zu neuer Stärke? In: Emanzipation, Nr. 4, Köln: 7-23.
- (2004): Rechte Orientierungen unter Lohnabhängigen. Ursachen, Auswirkungen, Gegenstrategien. In: Beerhorst, Joachim/Demirovic, Alex (Hg.): Kritische Theorie im gesellschaftlichen Strukturwandel, Frankfurt/M: 289-318.
- Flecker, Jörg/Krenn, Manfred (2009): Politische Verarbeitungsformen gefühlter Unsicherheit: 'Attraktion Rechtspopulismus'. In: Dörre, Klaus/Castel, Robert (Hg.): Prekarität, Abstieg, Ausgrenzung. Die soziale Frage am Beginn des 21. Jahrhunderts, Frankfurt/M-New York: 323-332.
- /Kirschenhofer, Sabine/Krenn, Manfred/Papuschek, Ulrike (2005): Leistung, Unsicherheit und Ohnmacht. Wie Umbrüche in der Arbeitswelt zum Aufstieg des Rechtspopulismus beitragen. URL: springerlink.com/content/u0364757u2166636/, Zugriff: 12.3.2010.
- Gamson, William A. (2002): Talking Politics, Cambridge.
- Goes, Thomas (2015): Zwischen Disziplinierung und Gegenwehr. Wie Prekarisierung sich auf Beschäftigte im Großhandel auswirkt, Frankfurt/M.
- Kaindl, Christina (2009): Subjektivität in der Krise. In: Z. Zeitschrift marxistische Erneuerung. Nr. 80: 94-100.
- Kipping, Katja/Riexinger, Bernd (2015): Die kommende Demokratie: 2.0. URL: neues-deutschland.de/artikel/969041.die-kommende-demokratie-sozialismus-2-0.html, Zugriff: 23.7.2015.
- (2012): Wir brauchen einen linken Populismus. In: ak – analyse & kritik, Nr. 575.
- Laclau, Ernesto (2005): On Populist Reason, London.
- (1981): Politik und Ideologie im Marxismus, Berlin.
- Moody, Kim (2007): US Labor in Trouble and Transition, London.
- (1997): Towards an International Social Movement Unionism. In: New Left Review, Nr. 225: 52-73.
- Mouffe, Chantal (2015): Für einen linken Populismus. URL: ipg-journal.de/rubriken/soziale-demokratie/artikel/fuer-einen-linken-populismus-857/, Zugriff: 23.7.2015.
- Naphtali, Fritz (1969): Wirtschaftsdemokratie, Frankfurt/M.

- Negt, Oskar (1987): Marxismus und Arbeiterbildung – Kritische Anmerkungen zu meinen Kritikern. In: Brock, Adolf/Hindrichs, Wolfgang/Müller, Hans Dieter/Negt, Oskar (Hg.): Lernen und verändern. Zur soziologischen Phantasie und exemplarischem Lernen in der Arbeiterbildung, Marburg: 36-81.
- Priester, Karin (2012): Rechter und linker Populismus. Annäherung an ein Chamäleon, Frankfurt/M.
- Puhle, Hans-Jürgen (1986): Was ist Populismus? In: Dubiel, Helmut (Hg.): Populismus und Aufklärung, Frankfurt/M: 12-33.
- Schmidt, Eberhard (1975): Ordnungsfaktor oder Gegenmacht, Frankfurt/M.
- Šik, Ota (1979): Humane Wirtschaftsdemokratie. Ein dritter Weg, Hamburg.
- Spier, Tim (2006): Populismus und Modernisierung. In: Decker, Frank (Hg.): Populismus. Gefahr für die Demokratie oder nützliches Korrektiv?, Wiesbaden: 33-58.
- Snow, David A./Soule, Sarah A. (2010): A Primer on Social Movements, New York-London.
- Wirries, Clemens (2010): Eine Partei für die 'einfachen Leute'. Die Socialistische Partij in den Niederlanden. In: Daiber, Birgit/Hildebrandt, Cornelia/Striethorst, Anna (Hg.): Von Revolution bis Koalition – Linke Parteien in Europa, Berlin: 132-145.
- Zelik, Raul (2014): Die absolute Mehrheit anstreben, um das Regime zu stürzen. URL: neuesdeutschland.de/artikel/954761.die-absolute-mehrheit-anstreben-um-das-regime-zu-stuerzen.html, Zugriff: 23.7.2015.
- Zeuner, Bodo/Gester, Jochen/Fichter, Michael/Kreis, Joachim/Stöss, Richard (2007): Gewerkschaften und Rechtsextremismus. Anregung für die Bildungsarbeit und die politische Selbstverständigung der deutschen Gewerkschaften, Münster.



Foto: Kai Hörstmann

**Immer auf dem
Laufenden über das
aktuelle Geschehen in
Lateinamerika**

LATEIN AMERIKA
NACHRICHTEN
// Die Monatszeitschrift

Aktuelle Berichte,
Reportagen,
Kommentare und
Interviews zu Politik,
Gesellschaft und
Kultur

PROBEABO

// 3 Monate lesen für 10 Euro

// endet automatisch

// solidarisch // kritisch // unabhängig

Lateinamerika Nachrichten
Gneisenaustraße 2a
10961 Berlin

www.lateinamerika-nachrichten.de